

## Im Brennpunkt: Ökonomische versus politische Bildung? – ein sinnloser Konflikt!

*Hans-Hermann Hartwich*

Im Brennpunkt der öffentlichen Debatte um die Zukunft unserer Schulen steht nicht nur die Pisa-Studie mit ihren nationalen Konsequenzen, sondern auch die von der Wirtschaft beharrlich vortragene Feststellung, dass die ökonomische Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung sei und deshalb zum Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen der Bundesrepublik gehöre (KMK-Bericht vom 18./19.10.2001). Nun forderte auch die „Wirtschaftsministerkonferenz“ (Wirtschaftsminister und -senatoren) unter Berufung auf den Bundesverband der Deutschen Industrie, die Deutsche Industrie- und Handelskammer, den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Bundeselternschaft zusätzlich und dezidiert den „flächendeckenden und systematischen Ausbau der ökonomischen Bildung mit dem Ziel der Einführung eines eigenen Faches Wirtschaft ab Sekundarstufe I“ sowie eine darauf bezogene wissenschaftliche Lehrerausbildung (Wirtschaftsministerkonferenz vom 22./23.11.2001).

Hier führen offenbar die gravierenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu der Forderung der darin Agierenden, dieses komplexe und verwirrende Geschehen der Globalisierungen, Europäisierungen, Informatisierungen, Rationalisierungen möge die Jugend rechtzeitig kennenlernen und erlernen. Dass eine solche Formulierung nicht abwegig ist, beweisen die Wirtschaftsminister, indem sie vor allem eine besondere Berücksichtigung der „unternehmerischen Selbstständigkeit“ bzw. die Weckung der Bereitschaft zur eigenverantwortlichen Unternehmensgründung im Unterricht einfordern.

Nun ist die wirtschaftliche Wirklichkeit unserer Tage ja wirklich alles andere als durchsichtig für die Akteure. Die vielleicht früher vorhandene Sicherheit, die Wirkungsmechanismen im einzelnen und des Wirtschaftssystems als ganzes zu überblicken, hat sich verflüchtigt. Vor allem die Auswirkungen der Globalisierung auf alle Finanzierungssysteme, auf die Überlebensfähigkeit selbst großer Unternehmen bei „freundlichen“ oder feindlichen Übernahmen und selbst auf hochproduktive Arbeitsplätze anlässlich von Fusionen, um nur einige Beispiele zu nennen, haben neben unbezweifelbaren Vorteilen Labilität und Unsicherheit zur Folge. Die

Vorteile der Kostensenkung, Materialersparnis und vielleicht sogar der Umweltfreundlichkeit, werden aufgewogen von vielen wirtschaftlichen und sozialen Beschädigungen. Der „Prozess der schöpferischen Zerstörung“, den Schumpeter einst dem hochproduktiven Kapitalismus in einem positiv gemeinten Sinne attestierte, ist in einem anderen Sinne und nicht nur virtuell zu einem für die Akteure existenzgefährdenden Unternehmen geworden. Den heute Erfolgreichen und den Erfolglosen wird viel zugemutet in diesem Geschehen, das kaum noch als „System“ erfaßt werden kann, und dessen Mechanismen weder regelhaft noch rational begrenzbar wirken.

Was also kann nun davon in der Schule gelernt und gelehrt werden, in einem gesonderten Fach, versteht sich? Wo ist der Ort für ein solches Fach in einer Zeit, in der die tradierten Fächer allesamt ihre Daseinsberechtigung beweisen können, solange man Menschenbildung umfassend verstehen und Lebensumwelt und Gemeinschaft nicht ausklammern will? Wie dominant darf das wirtschaftliche Geschehen in der Heranbildung sein, verlangt es heute vielleicht den Vorrang? Vor klassischer Bildung, musischer, sportlicher, politischer Bildung?

Diese Fragen werden von den Promotoren in der Öffentlichkeit nicht diskutiert. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn sie sich mit der wirklich breiten Zustimmung zu der These, dass ökonomische Bildung unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung sei und zum Bildungsauftrag gehöre, wie die Kultusminister-Konferenz sagt, zufriedengeben würde.

Da dieses nicht der Fall ist, muss endlich offen gelegt werden,

- wie und gegen was ein selbständiges Schulfach geschaffen werden soll,
- wie und auf welche Weise die ökonomische Bildung eine stärkere Bedeutung im Unterricht erhalten solle und könne,
- welche Inhalte eigentlich in einem solchen Unterricht unabdingbar sind, der deswegen des spezifischen Fachs bedarf, weil nur so „die spezifischen Denkweisen und Methoden zur Problemanalyse und -beurteilung“ (Klaus-Peter Kruber) vermittelt werden könnten?

Offen diskutiert werden muss die Entwicklung der modernen Wissenschaft von der Ökonomie zu einer im Kern formalisierten Wirtschaftswissenschaft, „deren Modellbezogenheit sich eine eigene Welt geschaffen hat, die aus der gesellschaftlichen Realität Impulse bezieht, aber nicht mehr den Ehrgeiz hat, Gesellschaftswissenschaft zu sein“ (Roland Sturm).

Kurz, wo ist bei all den Forderungen nach einem selbstständigen Schulfach ein Wort über die größere normativ-philosophische Dimension, die ein derart isoliertes Vorgehen überzeugend rechtfertigt. Die Forderung nach dem Erlernen des Handwerklichen und des elementaren Wissens reicht nicht. Und wie rechtfertigt sich das Diktum der Wirtschaftsminister-Konferenz, „Die bisher über mehrere Fächer verstreuten ökonomischen Unterrichtsinhalte müssen curricular... unter Hinzuziehung von ausserschulischen Praktikern aufbereitet werden.“? Gibt es dafür eine andere Begründung als die, dass man unter sich sein will? Wird damit das Misstrauen oder zumindest Missbehagen gegen den bisherigen wirtschaftskundlichen Unterricht (s. dazu unten „Wirtschaftswissen“) zerstreut?

Es ist an der Zeit, dass die Initiatoren sich grundsätzlich erklären. Der vielleicht berechtigte Einwurf, an den allgemeinbildenden Schulen müsse noch mehr für die

ökonomische Bildung getan werden, muss Widerstand hervorrufen, wenn vermutet werden kann, die Einführung in die komplizierte Wirtschaftswelt sei mit der Vorstellung verbunden, dass die allgemeine Durchdringung der gesellschaftlichen Verhältnisse und des Arbeitslebens mit den Grundsätzen höchstmöglicher Kapitalrendite in concreto und in einem übertragenen Sinne jetzt auch das Ausbildungswesen zu ergreifen habe. Akzeptanz und nicht „Allgemeinbildung“ wäre dann das Ziel?

In diesem Zusammenhang wirkt schließlich nicht gerade beruhigend, dass in den einzelnen Bundesländern je nach Einstellung des Kultusministeriums Aktivitäten bekannt werden, die von einer noch verständlichen Verstärkung der bisherigen ökonomischen Bestandteile im Unterricht durch neue Richtlinien bis hin zu Kursangeboten, die einer Verdrängung der Fächeranteile politischer Bildung nahekommen, reichen. Ein robustes Vorgehen zur Durchsetzung des Fachs in einigen Ländern erschwert doch nur die Zustimmung und das gemeinsame Vorgehen in dieser wichtigen Angelegenheit.

Wird die Forderung wirklich ernst genommen, ökonomische Bildung stärker als bisher zu einem anerkannten Bestandteil der Allgemeinbildung zu machen, dann ergibt sich sehr rasch die Erkenntnis, dass „Wirtschaft“ ein Teil, ja ein unverzichtbarer Teil, des schulischen Gesamtauftrages „Allgemeinbildung“ ist. Dann aber stellt sich ebenso rasch die Frage, warum eine moderne und qualifizierte ökonomische Bildung nicht im Kontext solcher Schulfächer wie Geschichte, Geographie und Sozialkunde ihren Ort haben kann. Alle Seiten können davon profitieren. Die genannten Fächer haben gelernt, dass es neben dem fachimmanenten Wissen und seiner Vermittlung die aus den verschiedenen Blickwinkeln und persönlichen Wertungsmaximen erwachsene Kontroverse ist, die zur Allgemeinbildung gehört. Seine Relevanz gewinnt das „Wissen“ erst durch das Erkennen des sozialen Kontextes. So wird ein auf die sozialen Realitäten bezogenes Netz an Vorstellungen und Zuordnungsmöglichkeiten erworben und damit Wertungssicherheit und Orientierung gewonnen.

Wenn diese Zeitschrift in ihrem neuen Titel die drei Schwerpunkte der politischen Bildung aufnimmt, so will sie zugleich deren engen Zusammenhang signalisieren. Dieses Signal ist um so wichtiger, als die Zentrifugalkräfte offenkundig immer spürbarer werden, die auf eine Isolierung – in Gestalt getrennter Wissenschaftskulturen und vor allem auch Schulfächer – der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Informationsbereiche hinwirken.

Mehr noch: Wie sich erweist, werden immer häufiger Hegemonialansprüche laut. Gesellschaftswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften und Politikwissenschaft beanspruchen, in Bildungsbereichen und teilweise auch in der Öffentlichkeit, jeweils die zentralen erkenntnisleitenden Informationen bereitzustellen. Der neue Titel dieser Zeitschrift wirkt bewußt solchen Ansprüchen der Vorherrschaft entgegen. Er umreißt das integrative Programm der Zeitschrift. Auf unseren „Brennpunkt“ bezogen, heißt dies auch, er betont im Gegensatz zu manchen älteren Konzeptionen der politischen Bildung ausdrücklich, dass wirtschaftliche Bildung einen unverzichtbaren Bestandteil der politischen Bildung darstellt.

Ökonomische Bildung in der Schule gehört in den Zusammenhang von Geschichte, Sozialkunde und Geographie. Nur so kann ein Anspruch auf ein mehr an ökonomi-

scher Bildung berechtigt, angemessen, maßvoll und sachlich sinnvoll genannt werden. Erst dadurch gewinnt die ökonomische Bildung die Einbettung in größere normativ-philosophisch-soziale Dimensionen. Das dafür notwendige „Wissen“ erhält auf diese Weise Sinn und Überzeugungskraft. Das Adjektiv „ökonomisch“ findet seinen Platz in der Allgemeinbildung.

Die Schule braucht in der Erziehung zur Gesellschaft und zum sozialen Geschehen schlechthin – die Wirtschaft ist ein wichtiger Teil davon – kein betriebs- und volkswirtschaftlich geschlossenes Propädeutikum, sondern den aus der Zeitdiagnose erwachsenen Themenkanon. Synergieeffekte bringt dabei die Abfolge fächerübergreifenden Lernwissen vorausgegangener Schulstufen. Bezogen auf die ökonomischen Bildungselemente heißt dies z.B.: Die je altersgemäße Befassung mit wirtschaftsgeschichtlichen, außen- und weltwirtschaftlichen, marktwirtschaftlichen Thematiken bis hin zu Oberstufenunterricht mit dem synoptischen Blick auf die Realstrukturen, -prozesse, -problemlagen und Perspektiven in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Das ist der richtige Weg.

Wegen der grundsätzlich zu nennenden gesellschaftspolitischen Bedeutung der Kontroversen steht der anhaltende Konflikt um den Platz der ökonomischen Bildung im Kanon der bestehenden Schulfächer nicht nur im „Brennpunkt“ öffentlicher Debatten, sondern auch im Brennpunkt dieser Ausgabe der Zeitschrift „Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung“. Wir versuchen, auf unsere Weise Anregungen zu geben, Kompromißlinien aufzuzeigen.

In diesem Sinne sei als erstes in diesem Heft 1/2002 auf die umfassende empirische Untersuchung der Professoren Reinhold Würth und Hans Joachim Klein über das „Wirtschaftswissen Jugendlicher in Baden-Württemberg“ verwiesen. Ersterer, Begründer und Leiter des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship, und Professor Klein, Lehrstuhl für Soziologie, lehren an der Universität Karlsruhe. Unter tatkräftiger Förderung der Kultusministerin Schavan und ihres Ministeriums sowie engagierter Beteiligung der Schulen entstand ein solider, empirisch fundierter und zugleich differenzierter Einblick in die Realität „Wirtschaftswissen Jugendlicher“, ohne dass dafür ein eigenes Schulfach zur Verfügung stand. Sicher, es ist keine gesamtdeutsche Studie, und gerade in Baden-Württemberg sind wohl manche Bedingungen für die Fragestellung besonders günstig. Dennoch darf und soll diese Studie *pars pro toto* für die oben diskutierte Problematik gelten: Mit der wirtschaftlichen Bildung ist es so schlecht nicht bestellt. In gymnasialen Leistungskursen der „Gemeinschaftskunde“ werden sogar sehr gute Ergebnisse erzielt.

Desweiteren beginnt diese Zeitschrift mit der Serie „New Economy“. Die beiden letzten Hefte hatten Einführungen gebracht, deren Überschrift „New Economy und Old Economy = One Economy“ das Leitmotiv signalisiert: Es geht um Ergänzung und Modifikation, nicht um eine neue Lehre vom Wirtschaftssystem. Die beiden Einführungen können im Internet ([www.leske-budrich.de](http://www.leske-budrich.de)) zur Ergänzung abgerufen werden. Der erste Beitrag der jetzt beginnenden Serie, verfaßt von Dr. Rahild Neuburger vom Institut für Organisation der Universität München, behandelt die durch die Digitalisierung „Veränderten Spielregeln“ in der Wirtschaft, z.B. in bezug auf die „Knappheit (als) das Grundgesetz der Ökonomie“. Frau Neuburger untersucht und beschreibt anhand zweier bekannter Unternehmen demgegenüber u.a., wie bei Informations- und Netzprodukten die Grenzkosten gegen Null tendieren.

Zur Arbeitsmarktpolitik gehört die „aktuelle Information“ über das sogenannte „Job-AQTIV-Gesetz“. Zur wirtschaftlich bedeutsamen Sozialpolitik zählt die umfassende Analyse „Ist das Gesundheitswesen noch bezahlbar?“. Dies sind jene Themen, die – wie oben gesagt – die sozioökonomischen Realstrukturen und -prozesse ausmachen. Wissen um die Sache und um die Zusammenhänge ist das Ziel der Publikationen.

Für eine zeitgemäße politische Bildung reicht mit Sicherheit ein auf die Gegenwart beschränktes Orientierungswissen nicht mehr aus. Politische Bildung muss immer mehr auch diachron sein und historische Bezüge aufgreifen. Unter diesem Aspekt steht etwa der Beitrag zum baulichen Erbe der Hauptstadt-Institutionen in Berlin.

Politische Bildung muss internationale Modernisierungstrends – wie die in soziologischer Perspektive geschriebene, international orientierte Darstellung zukunftsorientierter „Konzepte der globalisierten Gesellschaft“ – vorstellen.

Institutionenbezogene Probleme wie europapolitisch die Bildung des EU-Konvents und innenpolitisch die verfassungsgerichtliche Klärung der Entscheidungsfreiheit der Regierung innerhalb der NATO gehören dazu.

Aktuelle Kontroversen wie die „Anti-Terror-Gesetze“ und – didaktisch bearbeitet – die Jugendkriminalität sind zu berücksichtigen.

Die Zeitschrift folgt also nicht nur konzeptionell, sondern auch mit ihren Inhalten dem Prinzip, dass wirtschaftliche Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung ist. Soll diese sich aber nicht in kontextlosem Wissen erschöpfen, dann drängen viele andere grundlegende Fragen, Probleme und Herausforderungen ebenfalls auf ein Mindestmaß an Orientierungswissen und vernünftige Zuordnungskompetenz. Sie zu verzichtbaren Bestandteilen der Allgemeinbildung zu erklären, ist anmaßend und weltfremd. Der Konflikt um ein einziges Schulfach, das notwendigerweise noch andere zurückdrängt oder eliminiert, ist deswegen sinnlos. Auf den maßvollen Umgang mit dem Übermaß an Wissensangeboten kommt es an.

